Ausgabe für Groß-Berlin — 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 6. März 1926 — Sonnabend Abend

Chefredakteur: Dr Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 68, Wilhelmstrasse 30–32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5079–5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Wert * Kraft und Stoff * Wirtschaft und Recht * Weltverkehr * Bild im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

65. Jahrgang — Nr. 110 — 6.3.a — 10 Pfennig

Der Sturz des Kabinetts Briand.

Briand geht gleichwohl nach Genf.

a. **Paris**, 6. 3. (Eigenbericht.)

Nach einer aufreibenden Nachtsitzung ist das Kabinett Briand heute früh, kurz vor 7 Uhr, gestürzt. Das Kabinett blieb bei der Abstimmung über die vielumkämpfte Zahlungssteuer mit 221 gegen 274 Stimmen in der Minderheit. In der Kammer verlautet, daß Briand nicht nach Genf reisen wird.

Die erregte Kammersitzung.

a. **Paris**, 6. 3. (Eigenbericht.)

In der heutigen Nachtsitzung der Kammer wurden wieder einige Gesetzesartikel, die zur Herstellung des Budgetgleichgewichts vom Senat angenommen waren, von der Kammer aber abgelehnt, so die Erhöhung der Alkoholsteuer, die Erhöhung der Zuckersteuer und vor allem eine Erhöhung der Tabakpreise, die dem Staate allein 600 Millionen einbringen sollten. Es kam zu heftigen Meinungsverschiedenheiten, in deren Verlauf besonders der Abgeordnete Pietri von der gemäßigten Rechten und der Sozialistenführer Renaudel stark aneinandergeriethen, da Pietri dem Haus infolge der Ablehnung der Tabaksteuer

Schwäche und Demagogie

zum Vorwurf machte.

Es war gegen 4½ Uhr morgens, als Briand in diese allgemeine Verwirrung eingriff und, sich an Renaudel wendend, erklärte, es wäre ihm vor zwei Monaten eine Leichtigkeit gewesen, eine Ministerkrise hervorzurufen, nachdem die Kammer sich unfähig gezeigt hätte, die Finanzprobleme zu lösen. Die Regierung habe jedoch im Interesse des Landes vorgezogen, einen Ausgleich zu versuchen. Der Franken hätte sich dadurch etwas gebessert. Wenn habe nicht viele Sitzungen wie die heutige nötig, um das ganze Ergebnis zu zerstören.

Gelegentlich der Ablehnung der Tabaksteuer kam Briand darauf zu sprechen, daß man der Regierung Mangel an kaufmännischem Geiste vorwerfe. Andererseits

verweigere man der Regierung die notwendigen Mittel.

Er machte die Kammer darauf aufmerksam, daß sie sich in einigen Augenblicken über die Zahlungssteuer auszusprechen haben werde, für die die Regierung die volle Verantwortung übernehme, und kam zu der Schlußerklärung, **nicht genügt zu sein, nach Genf abzureisen, um Frankreich zu vertreten,** wenn die Kammer auch weiterhin eine parlamentarische Auffassung zeigen sollte wie die, die sich aus dem bisherigen Verlauf der Nachtsitzung ergeben habe. Die Sitzung wurde unter scharfer Erregung des Hauses unterbrochen.

Die verhängnisvolle Abstimmung.

a. **Paris**, 6. 3. (Eigenbericht.)

Die verhängnisvolle Abstimmung erfolgte um 6,50 Uhr morgens. Vor Schluß der Debatte nahm Briand noch einmal das Wort. Er betonte, daß er mit dem Finanzminister solidarisch sei, und warnte die Kammer, in der gegenwärtigen Situation ein gefährliches Spiel zu spielen. Er habe niemals Popularität gesucht, aber er habe das Gefühl, daß das Land in diesem Augenblick s einen Sturz nicht wünsche. Wenn die Regierung gehe, was werde sich dann morgen ereignen? (Zurruf: **man muß die Kammer auflösen!**) Zum Schluß betonte Briand nochmals, daß der Rücktritt für ihn persönlich eine Erleichterung wäre, aber das Wohl des Landes stehe auf dem Spiel. Die Kammer müsse dafür die Verantwortung übernehmen.

Als Präsident Herriot das Ergebnis der Abstimmung (274 gegen 221 Stimmen) bekannt gab, verließ Briand mit den anwesenden Ministern sofort den Saal. Im Hause herrschte große Erregung. Die Linke und die gesamte Mitte erhoben sich von den Plätzen und brachten dem abgehenden Ministerpräsidenten eine Ovation dar. Es wurden Rufe laut: „Bive Briand"!

Obgleich in der Finanzdebatte bereits gestern nachmittag

neue Schwierigkeiten

abgetaucht waren, kommt die plötzliche Katastrophe des Kabinetts doch vollkommen überraschend. Selbst die heutige Morgenpresse ist noch vollkommen ahnungslos. In den frühen Morgenstunden war Briand bereits im Elysée und überreichte dem Präsidenten selbst die Demission. Präsident Doumergue ersuchte das Kabinett in der üblichen Weise um die Weiterführung der Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung. Die dringendste Frage ist für diesen Agenblick natürlich, ob Briand nach Genf fahren wird. Die Entscheidung darüber ist noch nicht gefallen, aber es ist zu erwarten, daß entgegen der heute noch in der Kammer vorherrschenden Auffassung Briand doch die Reise unternehmen werde. Wie wir erfahren hat Präsident Doumergue in diesem Sinne einen

starken Druck auf Briand

ausgeübt. Briand selbst, der wie immer vollkommen ruhig und fast gelangweilt aussah, erklärte beim Verlassen des Elysées, daß er sich noch nicht entschieden habe, ob daß ja auch bis 9 Uhr abends noch lange Zeit sei. Sollte Briand wider Erwarten nicht reisen, so würden die Verhandlungen von Paul-Boncour geführt werden.

Briands Genfer Reise.

Paris, 6. 3.

Die Agence Havas veröffentlicht heute vormittag folgende Ausführung: Entgegen seiner anfänglichen Absicht hat Ministerpräsident Briand nach Beendigung des Ministerrats, in dessen Verlauf er dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts überreicht hat, wissen lassen, er werde Paris heute abend verlassen, um sich nach Genf zu begeben, nachdem er während des heutigen Tages Besprechungen mit den alliierten Vertretern im Völkerbund, die gegenwärtig in Paris anwesend seien, vor allen Dingen mit dem polnischen Außenminister Skrzynski gehabt haben werde. Briand werde mit Außen Chamberlain die Reise nach Genf antreten. Er werde morgen bei vorbereitenden Verhandlungen beiwohnen, die bei auf Montag festgesetzte Tagung vorangehen sollen. Bekanntlich dürften diese vorbereitenden Verhandlungen einen entscheidenden Einfluß auf die kommenden Arbeiten des Völkerbundsrates und der Völkerbundsvollversammlung haben, besonders was die Erweiterung des Völkerbundsrates anbetreffe.

Briand werde jedoch nicht an den offiziellen Arbeiten der Völkerbundstagung teilnehmen, denn er sei der Ansicht, daß er, so er in der Kammer geführt worden sei, nicht in der Lage sei, die französische Regierung zu vertreten.

*

a. **Paris**, 6. 3. (Eigenbericht.)

Die Präsidentschaft veröffentlicht in den Vormittagsstunden folgendes offizielles Communique:

„Infolge der in der heutigen Nachtsitzung der Kammer im Verlauf der Finanzdebatten erfolgten Abstimmung begab sich Ministerpräsident Briand mit seinen Mitarbeitern heute morgen um 7 Uhr ins Elysée, um dem Präsidenten der Republik die Gesamtdemission des Kabinetts zu überreichen. Der Präsident hat die Demission angenommen, indem er den Ministern für ihre Mitarbeit dankte und sie bat, die laufenden Geschäfte weiterzuführen."

Die Rückwirkung der plötzlichen Krise hat sich sofort auf die Wechselkurse bemerkbar gemacht. Das Pfund war in den ersten Vormittagsstunden von 130 auf 135 gestiegen.

*

Schon verschiedentlich hatte es den Anschein gehabt, daß auch dem Kabinett Briand die Finanzsanierung Frankreichs nicht gelingen würde. Gewiß, einige Punkte des großen Projekt konnten im Senat und Kammer ohne tiefergehende Schwierigkeiten erledigt werden, z. B. die Amortisationskasse und die Exportsteuer. Aber dann kamen die großen Gegensätze zwischen links und rechts, die große Frage: direkte oder indirekte Steuern?, eine Klippe, an der schon die beiden Kabinette Painlevé gescheitert waren. Frankreich als Land der Rentner und Kleinbauern hat noch mehr als andere Länder eine tiefingewurzelte Scheu vor direkten Steuern, zumal, wenn sie vom Besitz erhoben werden sollen. Es gehört aber mit zum sozialistischen Dogma, daß nicht der Verbrauch des „kleinen Mannes", sondern Besitz und Vermögen besteuert werden müssen. Die Linke bekämpfte daher alle Verbrauchssteuern des großen Projektes auf Tabak, Zucker und Alkohol, und vor allem in erster Linie den Kern des ganzen Projektes: die „Zahlungssteuer", die wir in Deutschland am besten mit dem Worte „Umsatzsteuer" bezeichnen können.

Schon einmal waren diese Steuern in der Kammer abgelehnt worden, aber der Senat griff gelegentlich seiner Beratung des Finanzprojektes auf diese Steuern zurück, und so kamen sie nochmals vor die Kammer. Als es hier zur Entscheidung kam, blieb die Regierung Briand mit etwa 50 Stimmen in der Minderheit. Die Linke machte nicht mehr mit.

Briands ganzes Bestreben war darauf gerichtet gewesen, die Regierung mehr und mehr von der Linken zu lösen und eine Mehrheit zu bilden, die sich auf die Mitte in stärkerer Anlehnung nach rechts stützt. Den Zusammenbruch des Linkskartells hatte Briand gefürchtet und schließlich erreicht, ohne jedoch die Stütze auf der Rechten schon endgültig gefunden zu haben.

In Deutschland wird man zunächst beim Empfang der Nachricht vom Sturze Briands neue Gefahren für die in Genf beginnenden Verhandlungen befürchtet haben. Uns erscheint eine solche Sorge nicht am Platze, zumal Briand entgegen den ursprünglichen Meldungen sich nun doch entschlossen zu haben scheint, nach Genf zu gehen. Briand konnte sich nicht gut anders benehmen, denn das ganze Gebäude der französischen Außenpolitik, das auf Locarno ruht und nun in Genf zum Abschluß gebracht werden soll, ist sein Werk. Er allein hat, zumal er Außenminister der Aktion ist und lediglich mit dem Kopfe arbeitet, die Fäden der Außenpolitik in der Hand, ein Ersatzmann wäre nicht zu finden gewesen.

Eine Komplizierung der Lage in Genf kann natürlich jetzt dadurch eintreten, daß Briand, wenn es das Spiel von ihm erfordert, erklären kann, er könne sich einschneidende Maßregeln der großen Politik nicht mehr vornehmen, da er ja nur noch „die Geschäfte führe", ohne im parlamentarischen Sinne verantwortlicher Minister zu sein. Das kann zweifellos die Lage komplizieren, aber schließlich wäre man auch ohne diesen Umstand um eine Ausrede kaum verlegen gewesen, wenn es der Gang der Verhandlungen gefordert hätte.

Eine Voraussage, wie die innerpolitischen Verhältnisse in Frankreich sich entwickeln werden, ist schwer. Die Linke hat das Kabinett gestürzt, also müßte sie auch nach parlamentarischem Brauch das neue Kabinett bilden. Ausnahmen von dieser Regel kommen aber in allen Ländern vor, und darüber wird sich in Frankreich wohl jedermann klar sein, daß Frankreich einen fähigeren Außenminister als Briand nicht finden kann.

v. N.

Polens Forderung, Deutschlands Recht.

a. **Paris**, 6. 3. (Eigenbericht.)

Der polnische Ministerpräsident Graf Skrzynski hatte gestern abend eine längere Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord Crewe, der damit beauftragt gewesen sein soll, Skrzynski die Bedingungen bekannt zugeben, unter denen Großbritannien in die kommende Beratung über die Erweiterung der Ratssitze eingugehen gedenke, die sich im übrigen vollkommen mit den von Chamberlain im Unterhause gegebenen Erklärungen decken.

Chamberlain kommt, wie hier ausgeführt wird, nach Genf mit reinen Händen und mit der Absicht, Polens Erwartungen soweit wie möglich zu befriedigen, aber gleichzeitig auch einen Konflikt mit Deutschland zu vermeiden. Im gleichen Sinne soll Lord Crewe noch gestern mit Briand verhandelt haben.

Briand trifft übrigens gestern mit Nuntschitsch und dem jugoslawischen Gesandten in Paris, Spalaikovic, worauf Nintschitsch im Laufe des gestrigen Abends eine längere Unterredung mit dem italienischen Botschafter in Paris, Avezzana Romano, hatte. Von dieser Unterredung scheint man den Eindruck zu haben, daß die Verhandlungen Mussolini-Nintschitsch noch nicht abgeschlossen sein dürften.

Deutschlands Abneigung gegen einen Kuhhandel.

sx. **London**, 6. 3. (Eigenbericht.)

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" hört, daß Chamberlain und Lord Cecil nach ihrer Ankunft in Genf zunächst eine Konferenz mit den in Genf akkreditierten Vertretern der Dominien haben werden, um die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die eventuell durch

die Haltung der Dominien

gegen einen verstärkten Völkerbundsrat sich ergeben könnten. Ferner macht der Berichterstatter richtgestellende Mitteilungen über den Besuch des deutschen Botschafters bei Chamberlain am Donnerstag, den Chamberlain in der Unterhausaussprache erwähnte. Die Einzelheiten seien nicht genau bekannt. Entgegen umlaufenden Gerüchten hätte der Botschafter jedoch Chamberlain weder eine Note noch ein Memorandum noch eine Depesche überreicht, er habe Chamberlain lediglich eine mündliche Mitteilung auf Grund eines Telegramms, das er von Dr. Stresemann am Donnerstag morgen bekommen hatte, gemacht. Die Mitteilung enthielt die Tatsache, daß die deutschen Delegierten an einer Vorkonferenz mit den alliierten Delegierten vor Eröffnung der Völkerbundstagung teilnehmen würden. Gleichzeitig teilte er aber, mit, daß die deutschen Delegierten nicht imstande seien, in irgendeiner Hinsicht von ihrem bereits festgelegten Standpunkt abzuweichen, mit anderen Worten, die Instruktion an Herrn Sthamer lautete dahin, eine

höfliche Warnung

zu überbringen, daß die Idee irgendeines Handels aufrechterhalten würde. Diese Lesart kommt allerdings nicht mit den in Paris und in anderen Orten umlaufenden Gerüchten überein, die dahin lauten, daß Deutschland die Initiative zu einer solchen Konferenzerg ergriffen hätte, um ein Kompromiß zu suchen. Die erste Anregung zu einem solchen Meinungsaustausch war von London etwa vor 14 Tagen nach Berlin gegangen. Seitdem hatte Berlin keine Einzelheiten mehr über diesen Plan gehört.

Eine warnende Stimme aus der Schweiz.

sch. **Genf**, 6. 3. (Eigenbericht.)

Die „Basler Nachrichten", die sich erst allmählich zu ihrem gegenwärtigen völkerbundsfreundlichen Standpunkt durchgerungen haben, weshalb ihre heutigen Ausführungen doppelt interessant sind, widmen der Lage einen sehr bemerkenswerten aufsehlichen Artikel, in dem sie ausgesichts der zahlreichen Drohungen der verschiedenen Staaten mit sofortiger Abreise für den Fall der Nichterfüllung ihrer Wünsche zuerst ihre Sorge um den Verlauf der Abstimmungen in Rat und Versammlung darlegen und sodann darauf hinweisen, Briand und Chamberlain hätten in dem Bestreben, das polnische Einigungshindernis aus dem Wege zu räumen, aus opportunistischer Bequemlichkeit

gegen zwei Grundsätze der Locarnopolitik verstoßen:

gegen den Grundsatz der Offenheit und gegen den Grundsatz der Vertraulichkeit. Wenn die beiden Herren jetzt geltend machten, daß eine Reform des Rates von ihnen längst ins Auge gefaßt worden sei, würde es sich um Geheimdiplomatie handeln. Die Großmächte hätten nie in offener Verhandlung angedeutet, daß sie das ihnen im Pakt vorbehaltene Recht der ständigen Sitze auf andere Staaten ausdehnen wollten. Dies hätten die Mächte im Jahre 1924, als damals Deutschland den Beitritt zum Völkerbund noch abgelehnt hatte, leicht tun können. Hätten sie dies jedoch erst im Zusammenhang mit dem deutschen Eintritt beabsichtigt, so hätten sie es Deutschland mitteilen müssen, und — nach Ansicht der „Basler Nachrichten" — hätte Deutschland damals diese bittere Pille mit den anderen geschluckt, was jetzt unannehmbar erscheint, weil es durch eine unsaire Ueberrumpelung in der letzten Stunde versucht werde. Trotzdem hofft das große Baseler Blatt auf irgendein Kompromiß, warnt aber vor Durchbrechung des Grundsatzes,

daß ständige Sitze nur Großmächten zustehen.

Indem Spanien ein ständiger Sitz verliehen werden solle, werde man ihn auch anderen Mittelmächten nicht vorenthalten können. Jede gründliche Reform könne aber nur in einer gründlich vorbereiteten ordentlichen Sitzung geschehen und nicht während einer außerordentlichen und auch nicht durch das Hintertüchen eines Kompromisses, schließt mit Deutschland.

Schließlich bezweifelt das genannte Blatt noch darauf, daß derzeit Genfer Vorentsagen überhaupt unmöglich seien, weil Italien ganz unberechenbar ist, seit Mussolini erklärt hat: „Entweder tritt Deutschland gleichzeitig mit den ständigen Mächten Spanien, Polen und Brasilien in den Rat ein, oder es bleibt draußen, dann aber allein, denn Polen, Spanien und Brasilien treten ein."

a. **Paris**, 6. 3. (Eigenbericht.) Nordpolforscher Amundsen soll bei seinem geplanten Flug von Tokio nach Europa gegen die Absicht haben, über Paris zu fliegen und hier vielleicht auch zu landen.

Eigener Nachrichtendienst „London Times News Service"

Italienisch-griechische Verständigung.

Politischer Ausgleich und wirtschaftliche Zusammenarbeit

fr. **Mailand**, 6. 3. (Eigenbericht.)

Ueber die gestrige zweite Unterredung zwischen Mussolini und dem griechischen Außenminister Rajos wird in einem amtlichen Communique gesagt, daß darin die Besserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern festgestellt worden sei. Man habe sich darüber geeinigt, wie man diese Beziehungen noch inniger und wirksamer gestalten wolle. Die Punkte wären festgelegt worden, in denen eine Zusammenarbeit möglich sei.

Das Kommuniqué zeigt ebenso wie das gestrige in seinem Wortlaut deutlich, daß die griechisch-italienische Annäherung im Gegensatz zu der Italiens an Jugoslawien bisher nur bestimmten Einzelfragen zugute gekommen ist. Hier steht vor allem das wirtschaftliche Moment an der Spitze. Der Außenminister teilt bekanntlich heute nach Genf weiter, aber sein Kollege, der Wirtschaftsminister Tavularis, bleibt noch längere Zeit in Italien, um sich über die industrielle Leistungsfähigkeit des Landes zu unterrichten. Er soll vor allem die Werke der Ansaldo, Fia und der Breda ansehen und hat den Auftrag, wie ein Mailänder Wirtschaftsblatt behauptet, Materialbestellungen in großem Maßstabe für Heer, Marine und Luftfahrt zu machen. Das Flugzeugmaterial soll von Griechenland sofort bar bezahlt werden. Für das andere Material bagegen sucht es die Unterstützung der italienischen Banken in einer Höhe von 10 Millionen Dollar, die schon als so gut wie sicher angesehen werden kann.

Der Antrittsbesuch des neuen italienischen Botschafters.

fr. **Mailand**, 6. 3. (Eigenbericht.)

Der „Popolo d'Italia" läßt sich aus Berlin melden, daß der Besuch des neuen italienischen Botschafters Orsi Aldovrandi beim Außenminister Dr. Stresemann nicht nur einen förmlichen Charakter gehabt habe, sondern daß darin bereits die gegenwärtigen deutsch-italienischen Beziehungen erörtert worden seien.

Die serbisch-bulgarische Annäherung

t. **Sofia**, 6. 3. (Eigenbericht.)

So oft ernstlich von der Annäherung zwischen Jugoslawien und Bulgarien gesprochen wird, verweist man in Belgrad stets auf Mazedonien, das das Hindernis einer solchen Annäherung sei. Der Gebietsteil Mazedoniens, der in der Hauptsache von Bulgaren bewohnt ist, wurde

im Jahre 1912 von der Türkei abgetrennt

und sollte laut dem Balkanbundvertrag von 1912 an Bulgarien fallen. Die Geschichte geht aber ihre eigenen Wege, und so wurde das Gebiet im Jahre 1913 zwischen Griechenland und Serbien geteilt. Durch den Weltkrieg hoffte Bulgarien, sein ihm früher zugestandenes Recht zu verwirklichen, sah sich aber zum zweiten Male enttäuscht. Mazedonien blieb bei Serbien und Griechenland. Aus einem vorwiegend von bulgarischer Bevölkerung und unter Bruch eines auf Treu und Glauben geschlossenen Vertrages wurde es zu seinem größeren Teil Jugoslawien einverleibt.

Das heutige Bulgarien hat durch den Mund seiner Machthaber seit der Katastrophe von 1918 wiederholt erklären lassen, daß es nicht nach der Wiedereroberung Mazedoniens strebe. Von bulgarischer Seite aus bildet also Mazedonien kein Hindernis für eine Annäherung an Jugoslawien. Aber auch unter den Mazedoniern selbst besteht nicht die Absicht, eine gegen den jugoslawischen Staat gerichtete Tätigkeit zu entfalten. Sie verlangen lediglich ihre bulgarische Sprache, bulgarische Schulen und Kirchen sowie eine

eigene Vertretung im jugoslawischen Parlament.

In diesem Sinne äußerten sich erst kürzlich der jetzige Vorsitzende des Mazedonischen Nationalen Komitees in Sofia, Dr. Stanischeff, und der Abgeordnete Karandilofff. Sie versicherten ausdrücklich, daß die Mazedonier in Gewährung der obengenannten Forderungen ein fester Bestandteil des heutigen Jugoslawiens werden würden und im übrigen nicht daran dächten, eine bulgarisch-jugoslawische Annäherung zu verhindern.

Wie sich die Dinge zwischen Serbien und Bulgarien seit 1918 entwickelt haben, muß zugegeben werden, daß der Hinderungsgrund für eine noch nicht zustande gekommene engere Gestaltung der beiderseitigen Beziehungen entschieden in Belgrad zu suchen ist, da man dort über ein gewisses Mißtrauen gegenüber Bulgarien nicht hinwegzukommen vermag.

Schiele wird deutschnationaler Parteiführer.

In der Fraktionssitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion am Freitag wurde mit allen gegen vier Stimmen beschlossen, der Parteileitung die Wahl des Ministers a. D. Schiele zum Parteivorsitzenden zu empfehlen.

*

Die Parteivertretung der Deutschnationalen wird voraussichtlich am 24. März zusammentreten. An der von uns bereits angekündigten Wahl Schieles zum Parteivorsitzenden ist nach dem Fraktionsbeschluß kein Zweifel. Sie ist im höchsten Maße begrüßenswert, denn sie bedeutet die nachträgliche Verurteilung jener von uns stets verurteilten Tagespolitik, die seinerzeit die Autorität der Führer der Masse preisgab, und sie bedeutet das eximütige Bekenntnis der zweitstärksten deutschen Partei zu einem Kurse staatspolitischer Disziplin und Besonnenheit, der bereits einmal gute Früchte zu tragen versprach. Der frühere Reichsinnenminister Schiele ist der Repräsentant dieser Politik. Ihrer Bejahung durch soll die ganze Fraktion steht die „Opposition" von über Intransigenten gegenüber, ein Beweis für die besonders links beliebte Ueberschätzung dieser Gruppe.

Der Inhalt des Fürstenkompromisses.

Stellungnahme der Fraktionen erst nächste Woche.

Eine endgültige Beschlußfassung der Fraktionen über das Freiting abend zwischen den Parteiführern abgeschlossene Fürstenkompromiß ist noch nicht erfolgt. Es wird vielmehr erst noch weiterer Verhandlungen bedürfen, denn die Freiting erfolgte Einigung ist nur eine grundsätzliche. Das Hauptziel der Verhandlungen wurde erreicht: daß unmittelbar bevorstehende Dinge, die eine sozialdemokratisch-kommunistisch-sozialdemokratisches Enteignungsbegehren steht ein praktischer Vorschlag der Regierungsparteien entgegen. Seine Ausgestaltung im einzelnen bleibt Besprechungen zwischen den Sachverständigen der einzelnen Fraktionen vorbehalten. Es ist nicht zu verkennen, daß noch immer gewisse Schwierigkeiten bestehen. Diese betreffen besonders die Rückwirkung.

Das Kompromiß wird gegenwärtig im Reichsjustizministerium einer juristischen Ueberarbeitung unterzogen. Es soll Dienstag in der endgültigen Fassung vorliegen und dann von den Parteiführern noch einmal überprüft werden. Erst danach erfolgt die abschließende Stellungnahme der Fraktionen.

Der wesentlichste

Inhalt des Kompromisses

besteht neben den bereits bekannten Bestimmungen über die Zusammensetzung des Reichsschiedsgerichts — Vorsitzender Dr. Simons, vier Berufs- und vier Laienrichter — in den Richtlinien für die Auseinandersetzung. Es soll eine Dreiteilung der vorhandenen Vermögensmasse vorgenommen werden.

Der erste Teil, der dem Staate zufallen soll, setzt sich aus allen Objekten zusammen, die von früher regierenden Häusern auf Grund des Völkerrechts, des Staatsrechts oder des Deffentlichen Rechts oder gegen Leistungen erworben sind, die nur kraft der früheren souveränen Stellung bewirkt worden sind.

Hierhin würden u. a. nach Ansicht parlamentarischer Kreise Ceds, die Schmuckkabinett Forsten, Flatow-Krojanke und Glienicke gehören. Zunächst bleibt der Bewiesversuch unbenommen, daß es sich um privates Eigentum handele.

Beim zweiten Teil handelt es sich um Objekte, die ausschließlich auf Grund privatrechtlicher Vorgänge durch die Fürsten erworben wurden, z. B. die Kadinen. Aus diesem Privateigentum kann der Staat alles herausnehmen, was er zu Enteignungszwecken, wofür sozialistischen und gesundheitlichen Erwägungen der öffentlichen Hand zuführen will: Forsten, Städteerweiterung, Siedlungsmöglichkeiten. Die Entschädigung hängt davon ab, ob die Objekte dem Lande ursprünglich Nutzen abwerfen.

Zum dritten Teil der Vermögensmasse gehören alle Objekte strittigen Charakters. Hier hat der Staat vorweg einen freien und entschädigungslosen Zugriff auf alle Objekte, die der öffentlichen Bestimmung und Benutzung freigegeben sind: Theater, Schlösser, Parks, Museen, Bibliotheken, Bildergalerien. Auch hier ist Entschädigung dann zu zahlen, wenn aus den Einrichtungen finanzieller Nutzen gezogen wird.

Die Rückwirkung der Fürstenansprüche

soll nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen erfolgen. Die gewährten Gelder dürfen nicht für politische Zwecke verwandt werden. Die Rückwirkung ist dahin geregelt, daß bereits gefällte Urteile aufgehoben werden können, wenn sie im Widerspruch mit den jetzt aufgestellten außerstellten Grundsätzen stehen. Dieser Beschluß muß mit Zweidrittelmehrheit erfolgt werden. Hiermit würde besonders der Fall Flatow-Krojanke fallen. Die rückwirkende Kraft tritt nicht ein, wenn Land und Fürstenfamilie einig sind. Danach sind **die Auseinandersetzungen in Bayern, Baden, Sachsen, Braunschweig und Anhalt erledigt,** noch nicht erledigt in Preußen und Thüringen. Eine Ausschaltung der geschlossenen Vergleiche liegt vor in Hessen und Lippe-Detmold. Ausschreitungsbestrebungen liegen noch in Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Mecklenburg-Strelitz.

Die erste politische Konsequenz des Kompromisses wird darin bestehen, daß die Deutsche Demokratische Partei ihre Mitglieder auffordern wird, sich ebenfalls an dem Volksbegehren für die Fürstenabfindung nicht zu beteiligen. Die endgültige Entscheidung wird der Parteiausschuß treffen, der am Mittwoch zusammentritt.

*

Entgegen der Behauptung anderer Blätter ist festzustellen, daß die volksparteilichen Minister dem Kompromiß bisher nicht zugestimmt haben, zumal auch gar kein Kabinettsrat stattgefunden hat, der dazu Gelegenheit hätte geben können.

Rückwirkung der Luxussteuerherabsetzung

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat hat beschlossen, den vom Reichsfinanzminister angekündigten Gesetz über die Aufhebung der Luxussteuer rückwirkende Kraft zu verleihen. Auch der Reichsverband der Industrie setzt sich für diese Maßnahme mit Nachdruck ein. Die Regierungsparteien haben diesen Anregungen bereits dadurch stattgegeben, daß sie im Steuerausschuß des Reichstags beantragten, dem Gesetz, das am 1. April in Wirksamkeit treten soll, rückwirkende Kraft bis zum 1. April des 1. 2. März zu geben.

Wie belehrend die Ansicht auf die Steuererleichterung auf die Industrie selbst gewirkt hat, beweist die Tatsache, daß die Brennnesselwerke in Brandenburg a. d. Havel ihre Automobilpreise schon jetzt mit sofortiger Wirkung um den Betrag der Luxussteuer herabsetzen.

Der Sudetendeutschen Opposition gegen die Sprachenverordnung.

khg. **Wien**, 6. 3. (Eigenbericht.)

Im Prager Abgeordnetenhaus haben gestern erregte Szenen stattgefunden, als die deutschen Abgeordneten die verschiedenen Vorfälle in Karlsbad zur Sprache brachten, wo, wie bereits gemeldet, kürzlich eine Kundgebung der Deutschen gegen die tschechische Sprachenverordnung von der Polizei in rücksichtsloser Weise gelöst worden war. Der Justizminister versuchte das Verhalten der Polizei gegen die Deutschen zu rechtfertigen mit der Begründung, daß jene, die durch Demonstrationen die Sprachenverordnung erledigen wollten, damit rechnen müßten, daß die Polizei gegen sie auftrete.

Südslawiens Rolle in der großen Politik.

Von

Friedrich Flieri.

Trotz der im Winter 1918 freiwillig erfolgten Vereinigung der Kroaten und Slowenen mit dem serbischen Altreich haben die Staatsmänner Südslawiens bisher alle Kräfte daransetzen müssen, um die zwischen den Brüderstämmen herrschenden Gegensätze, so gut oder schlecht es gehen wollte, auszugleichen und dadurch dem Staate die innere Festigkeit zu geben, ohne die er nach außen hin eine aktivpolitische Rolle unmöglich bewerben kann.

Diese Aufgabe war mehr als schwierig. Selbst wer sich mit der südslawischen Politik nicht eingehender befaßte, weiß aus den Ereignissen, daß es mehrfach Momente gab, in denen infolgedessen nur das Eingreifen des Königs die Sprengung der letzten Verständigungsbrücke verhinderte. Der Streit ging um die Staatsverfassung. Die Kroaten und Slowenen, und mit ihnen die Mehrheit der Muselmanen, sowie ein Teil serbischer Demokraten, neigten dem Federalismus zu, während die Serben, pochend auf die im Weltkriege gebrachten heroischen Opfer, dem Zentralismus huldigten und Belgrad die unbedingte Gewalt über alle südslawischen Gebiete und Einwohner geben wollten.

Der Kampf insbesondere zwischen den von Stefan Raditsch geführten Kroaten und den Serben der Radikalen Partei unter des Ministerpräsidenten Pasitsch Führung nahm zuweilen die Formen eines Ringens um Leben und Tod an. Es war nicht nur für die europäische Öffentlichkeit, sondern auch für Südslawien selbst eine Ueberraschung, als im vorigen Jahre Pasitsch und Raditsch ihren Frieden machten. Diese Einigung gab den serbischen Radikalen und den kroatischen Bauernbündlern eine Zweidrittelmehrheit im Parlament, mit der man wohl regieren konnte, wenn die Einigung nicht immer noch auf unsicherem Grunde stehen würde. Erst vor wenigen Tagen logen sich Serben und Kroaten wieder derart in den Haaren, daß es nur so schmiegsamen Politikern wie Pasitsch und Raditsch möglich war, trotzdem gemeinsam weiterzuspielen. Aber Gift auf die Hackbarkeit der Einigung nimmt kein Mensch. Südslawien ist also aus der innenpolitischen Ungewißheit, die das Land hinderte, zur Ruhe zu kommen und einen wirtschaftlichen Aufschwung zu nehmen, noch immer nicht heraus. Das muß man voranschicken, wenn man die Rolle begreiflich machen will, die Südslawien in der balkanischen und europäischen Politik bisher spielte und jetzt spielt.

Das Regime Pasitsch begnügte sich zunächst damit, eine Politik zu verfolgen, die Frankreich angenehm war und der die Kleine Entente ihre Einsehen verdankt, in der neben dem tschechischen Ministerpräsidenten Benesch auch der jeweilige Außenminister Südslawiens mitbestimmt. Die Politik der Kleinen Entente bestand in der Hauptsache darin, den Gewinner- und Mitgewinnerstaaten die Früchte des Friedensvertrages zu sichern und eine Wiedererstarkung Ungarns, Oesterreichs und Deutschlands zu verhindern, sowie die Anerkennung Rußlands zu verhüten. Taucheln legte es Pasitsch, der das wachende Interesse Italiens an den Vorgängen auf dem Balkan recht wohl sah, darauf an, die Fluntefrage zu bereinigen und dadurch mit Italien in ein erträgliches Verhältnis zu kommen, das man dann etwas lieber als Freundschaftsverhältnis bezeichnete. Im übrigen beschränkte sich die Außenpolitik Südslawiens auf die bei der Ungerechtigkeit aller Grenzen auf dem Balkan durchaus natürliche und unvermeidliche Nahbalgerei mit den Nachbarn.

Was die Serben und die Kroaten und Slowenen innerlich trennt, ist nicht nur die Verschiedenheit der Tradition, der Kultur, Religion und wirtschaftlichen Bedürfnisse, sondern auch der außenpolitischen Interessen. Die Kroaten und Slowenen sehen auf die Splitter ihres Volkes jenseits der Grenzen in Kärnten und Italien, sie empören sich über die im jetzt italienischen Küstenlande geübte Verfolgung der slawischen Brüder. Sie empfinden jede italienische Propagandaäußerung über das „italienische Dalmatien" als eine Bedrohung des Staatsgebietes, mögen sich sie es aus allslawischen Ideologien heraus nicht verstehen können, warum nicht eine rasche Einigung mit den Bulgaren möglich sein sollte, die ja ebenso ein südslawisches Volk sind wie die Serben und Kroaten. Sie sehen in ihren Träumen den „südslawischen Staat der Zukunft, der von Jtrien bis zur Dobrudscha reicht" und die slawische Vormacht auf dem Balkan ist, der eine solche Vormacht wünscht, wenn es jemals zur Ruhe kommen soll. Sie erblicken in einer solchen slawischen Vormacht aber auch das Mittel, um fremde Interessenten, die auf dem Balkan eine eigennützige Politik treiben wollen, abzuwehren, und ihre Gedanken landen da wiederum bei Italien, das seine Pläne ja tatsächlich nur schlecht verbirgt.

Den serbischen Zentralisten von der Art Pasitschs gefällt diese außenpolitische Einstellung, die durch den unermüdlichen Agitator Raditsch bei passender und unpassender Gelegenheit betont wird, durchaus nicht. Es ist nicht so sehr die Erinnerung an den Weltkrieg, der die slawisch-bulgarischen Brüder auf der Seite der Mittelmächte sah und sie verleitete, in Serbien ein hartes Regiment zu führen, die die Serben hindert, einer Einigung mit den Bulgarien Geschmack abzugewinnen, als vielmehr die innenpolitische Bestimmung, die der Gedanke verursacht, daß in einem derart vergrößerten Südslawien den sechs Millionen Serben 13—14 Millionen Slaten gegenüberstehen. Aber versichten die serbischen Radikalen auf jede Möglichkeit der Vergrößerung des Staates, als daß sie die Gelahr an sich herankommen lassen, eine Minderheit im Staate zu werden. So schieben sie die Dinge hinaus, bis sie, wie sie hoffen, ihren Bestrebungen gelungen ist, das heutige Südslawien wenigstens zum größten Teile zu serbisieren.

Doch hat der Kroatenführer Raditsch, der jetzt als südslawischer Kultusminister zwar aggressive Reden in Menge hält, aber doch in Pasitschs Einflußzone ist, die Macht nicht in Händen. Er wurde sozusagen von Pasitsch stark gedückt und mußte es sich gefallen lassen, daß